

[Dezember 2018]

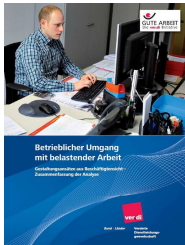
Ansprechen erwünscht!!



Kontakt und noch viel mehr!
www.blb-nrw.verdi.de

DGB-Index „Gute Arbeit“

Der betriebliche Umgang mit belastender Arbeit. Beschäftigte in Bau- und Liegenschaftsbetrieben sehen ihre Stellen als unsicher an. Angst um den Arbeitsplatz? Im öffentl. Dienst? Kann das sein? Wie kommt ein solches Ergebnis zustande?



Stichworte zur Analyse: Von der Fachtätigkeit zum Manager. Wir brauchen mehr Personal. Zu viele Stellen abgebaut. Beschäftigten fehlt klares Leitbild und Anerkennung. Echte Entlastung nötig. Personalaufbau bleibt auf Agenda. Mehr dazu hier:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/land/bau-und-liegenschaftsbetrieb/>
<https://www.bau-und-liegenschaftsbetrieb.de/ressourcen/2417402e-495c-11e8-b264-525400940f89>

ver.di Newsletter

FAKTEN erfahrt ihr bei **VER.DI**

Themen dieser Ausgabe

Quo vadis BLB: Im Gespräch mit der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag Seite 1

DGB-Index „Gute Arbeit“: Der betriebliche Umgang mit belastender Arbeit Seite 1

Privat vor Staat: Was plant die Landesregierung für die NRW-Landesbetriebe? Seite 2

Gesundheitsbericht: Auf dem Rücken der Landesbeschäftigten. Seite 2

Gleichstellung: Der Bericht von Ministerin Scharrenbach ist enttäuschend! Seite 2

Gesetzesänderung: Neue Regelungen im Teilzeitrecht – Licht und Schatten. Seite 3

Digitalisierung: Auswirkungen aus Sicht der Beschäftigten. Seite 3

Gewalt: Wider die Normalisierung! Gewalt gg. Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Seite 3

Streikrecht Beamte: Das Thema ist noch nicht erledigt. Jetzt entscheidet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Seite 3

Tarif- und Besoldungsrunde der Länder: Hintergründe und noch mehr. Seite 3

Tarif- und Besoldungsrunde: Einführung der 2. Stufe 6 in den EG 9-15. Seite 4

Haushalt NRW: Infrastruktur und NRW braucht eine Attraktivitätsoffensive Seite 4

Haushalt allgemein: Vom Schuldenbremsen zum Investitionsstau Seite 5

Infrastruktur: Wenn der Staat nicht mehr gestalten kann Seite 5

Quo vadis BLB:

Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion

Am 11.09.2018 hat das Kabinett eine „umfassende Reform des Bau- und Liegenschaftsbetriebes“ beschlossen. Wir haben berichtet:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/land/bau-und-liegenschaftsbetrieb/+++co+ba727ac6-b65a-11e8-8d72-525400f2b0e>

Wir haben darüber mit Jochen Klenner, Sprecher der CDU im zuständigen Unterausschuss des Landtages, gesprochen.

Der Kabinettsbeschluss zeigt, dass die ehemalige Forderung der CDU im Landtag, den BLB so weit wie möglich aus dem Einflussbereich des Finanzministeriums zu lösen und damit ein eigenverantwortliches, über Zielvereinbarungen gesteuertes Handeln zu ermöglichen, nicht mehr gilt. Das FM bekommt augenscheinlich eine dominante Steuerungs- und Kontrollfunktion.



Angelika Eikenbusch, Franz Gilles, Jochen Klenner, Franz-Josef Röwekamp, Michael Kötzling

Sind wir, wie unsere Geschäftsführung und die Politik verkündet, auf dem richtigen Weg? Darüber haben wir mit Jochen Klenner diskutiert und dabei auch unsere kritischen Anmerkungen deutlich gemacht.

* Wird der kommende Tarifabschluss den BLB NRW in eine bessere Ausgangslage zur Rekrutierung von Personal versetzen?

* Lässt das FM in Verbindung mit der Politik eine eigenverantwortliche betriebswirtschaftliche Handlungsweise zu?

* Wie verwenden die Ressorts die ihnen übertragenen Mittel und welche Rolle nimmt die „Externe Stelle“ bei den Empfehlungen über die Beschaffungsvarianten ein?

* Stehen hier Privatisierungen im Raum, in Anbetracht der geforderten Prüfung auf PPP-Fähigkeit?

* Wer steuert die gesamten Investitionsströme und Ressourcen im Immobilienbereich des Landes NRW zwischen Flexibilität und verlässlicher Planbarkeit

Gleichstellung: Bericht von Ministerin Scharrenbach enttäuschend



Der von Ministerin Scharrenbach vorgestellte Bericht ist eine Enttäuschung. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Beurteilungsrichtlinien der Landesverwaltungen Frauen und Teilzeitbeschäftigte nicht diskriminieren. Handlungsbedarf bestehe nicht. Dabei spricht die Realität eine völlig andere Sprache: Der Frauenanteil nimmt mit steigender Besoldungsgruppe deutlich ab und trotz überdurchschnittlicher Bildungsabschlüsse erhalten Frauen seltener Spitzennoten als ihre männlichen Kollegen. Wie dies zusammenpassen soll, lässt die Ministerin unbeantwortet. Dazu mehr:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/land/++co++202bae0a-eeff-11e8-a456-575400f72b0e>

Das Land als Arbeitgeber muss sich deutlich mehr Mühe geben, um endlich Chancengleichheit von Frauen im öffentlichen Dienst zu erreichen.

2

* Welche Haltung nehmen Ressorts und Politik ein, wenn der BLB NRW aufgrund seiner knappen Personalausstattung den Ansprüchen der Ressorts nach Beratungs-, Planungs- und Bauleistungen nicht nachkommen kann?

* Was bedeutet es, wenn das FM in der Zukunftsperspektive bereits schreibt: „Rechtformwechsel kann erst nächster Schritt sein“?

Herr Klenner hat unsere Fragen offen und interessiert aufgenommen. Hinsichtlich des Zwischenberichtes, der dem Landtag im Juni nächsten Jahres vorgelegt werden soll, hat er ein erneutes gemeinsames Gespräch spätestens im Februar vorgeschlagen.

Diesem Vorschlag kommen wir gerne nach. Für den ver.di Arbeitskreis „Bau- und Liegenschaftsmanagement“ steht in dieser Phase der Neuausrichtung des BLB NRW der Dialog über Entscheidungen und ihre Auswirkungen an erster Stelle. Wir bleiben am Ball! ...

Landesbetriebe: „Privat vor Staat“ Was plant die Landesregierung für die Landesbetriebe und -beteiligungen?

Fällt die Landesregierung in die alte Ideologie „Privat vor Staat“ zurück? - ver.di NRW fordert zum Dialog auf.

Das Land Nordrhein-Westfalen hält über 50 Beteiligungen in Betrieben und Landeseinrichtungen. Dazu zählen etwa die Messen in Köln und Düsseldorf, WestLotto oder der Duisburger Hafen, sowie die sieben NRW-Landesbetriebe: der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB), Straßen.NRW, IT.NRW oder auch Wald und Holz. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP ist festgelegt, dass alle Beteiligungen des Landes auf Privatisierungsmöglichkeiten hin überprüft werden.

Gabriele Schmidt, ver.di-Landesleiterin in NRW formuliert daher eine deutliche Erwartungshaltung an die Landesregierung: „Wir erwarten vor angedachten Privatisierungen oder auch

Umfirmierungen von Landesbetrieben oder Landesbeteiligungen einen ergebnisoffenen Dialog seitens der Landesregierung. Es geht um über 30.000 Jobs in NRW, die nicht irgendeiner ordnungspolitischen Ideologie zum Opfer fallen dürfen“. Privat vor Staat sei eine Politik von vorgestern. Im Mitbestimmungsland NRW dürfe man von der Landesregierung erwarten, dass nicht nur in Sonntagsreden über Mitbestimmung philosophiert, sondern gerade bei den eigenen Beschäftigten Mitbestimmung tatsächlich vorgelebt werde. Mehr dazu hier:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/land/++co++b7b5f40c-e66b-11e8-85bf-52540066e5a9?fbclid=IwAR2vPWuBRAJQOINmeB881IXFYdREDI6JESPCFXIPCSY2KNDEBv7NdPjybo>

Gesundheitsbericht: Auf dem Rücken der Landesbeschäftigten

Das Kabinett hat den Gesundheitsbericht der Landesregierung für das Jahr 2017 veröffentlicht. Demnach stieg der Krankenstand bei den rund 330.000 Beschäftigten der Landesverwaltung im vergangenen Jahr weiter von 7,16 auf 7,24 Prozent. Der Krankenstand der Landesbeschäftigten liegt deutlich über dem Durchschnitt aller Arbeitnehmer*innen in der Bundesrepublik, der im Vergleichszeitraum lediglich bei 4,1 Prozent lag.

Diese Entwicklung darf nicht verwundern und muss Anlass zur Sorge geben, denn die Beschäftigten des Landes sind insgesamt, aufgrund der völlig verfehlten Personalpolitik in den letzten Jahrzehnten, überdurchschnittlich alt. Der Öffentliche Dienst wurde auf allen Ebenen personell kaputtgespart, mit immer spürbareren Auswirkungen, eben auch beim Thema Gesundheit. ...

Mehr zu den Themen Arbeitsverdichtung und unbesetzte Stellen, Konkurrenzfähigkeit und TV-L Entgeltordnung und Betriebliches Gesundheitsmanagement hier:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/land/++co++ab6d94cc-c08f-11e8-b328-52540067940>

Wider die Normalisierung! Gewalt gg. Beschäftigte im öffentlichen Dienst



Gewalt gg. Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Erfahrungsberichte und Handlungsansätze.

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/+cco+7821115e-c019-11e8-bc9f-525400423e78>

Streikrecht Beamte

Das Thema ist noch nicht erledigt. Jetzt entscheidet der EGMR in Straßburg. Das BVerfG hatte das Streikverbot für Beamte bestätigt. Karlsruher Richter sahen weder einen Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit noch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Dazu mehr:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/beamte/schluesselwort-streikrecht>

Elf Kläger ziehen deswegen jetzt vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir werden weiter berichten ...

Hinweis: Natürlich geht es dabei nicht um unstrittig hoheitliche Bereiche wie etwa dem AVD. Aber es gibt eben auch die zahlreichen anderen nicht explizit hoheitlichen Tätigkeiten...

Gesetz: Neue Regelungen im Teilzeitrecht – Licht und Schatten.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Teilzeitrecht liegt vor. Die Neuregelungen werden voraussichtlich zum 1.1.2019 in Kraft treten. Sie sollen dazu beitragen, dass Teilzeitkräfte leichter als bisher zur Vollzeittätigkeit zurückkehren können. Dazu sieht der Gesetzentwurf neben dem bestehenden Anspruch auf zeitlich nicht begrenzte Teilzeitarbeit unter bestimmten Bedingungen einen gesetzlichen Anspruch auf befristete Teilzeit vor (sogenannte Brückenteilzeit).

Wichtiges Ziel der gesetzlichen Neuregelungen ist es, dass Arbeitnehmer*innen möglichst nicht mehr unfreiwillig in Teilzeitarbeit verbleiben müssen. Fast jede 2. Frau arbeitet in Teilzeit, was sich nachteilig auf ihr Gehalt und auf die später zu erwartende Rente auswirkt. Es ist daher sinnvoll, Beschäftigte leichter den Weg aus der Teilzeitfalle zu ermöglichen. Dazu hat die Bundesregierung zwei zentrale Änderungen der bisherigen Rechtslage auf den Weg gebracht: Erleichterungen für Arbeitnehmer*innen beim bereits bestehenden gesetzlichen Aufstockungsanspruch und Einführung eines befristeten Teilzeitanpruchs.

Mehr dazu gibt es hier:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/service/recht/+cco+06e57cde-ebd3-11e8-ae3f-525400afa9cc>

Digitalisierung: Auswirkungen aus Sicht der Beschäftigten.

Digitalisierung ist nicht nur ein wichtiges Thema in der Privatwirtschaft, auch der öffentliche Dienst verändert sich deutlich. Laut vorliegender Sonderauswertung des Index Gute Arbeit beeinflusst die Digitalisierung den Arbeitsalltag im öffentlichen Dienst sogar gravierender als in Unternehmen. 88 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind nach eigenen Angaben von der Digitalisierung

betroffen, 69 % von ihnen in sehr hohem oder hohem Maße.



Nicht Mehrarbeit – gute Arbeit muss die Devise lauten! Mehr dazu hier:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/service/thema-digitalisierung/+cco+d528143c-ce35-11e8-afa1-525400ff2b0e>

Fest steht: Für einen funktionierenden öffentlichen Dienst ist Digitalisierung kein Allheilmittel – und auch nicht die einzige Herausforderung. Die alten Baustellen wie dünne Personaldecke trotz stetem Aufgabenzuwachs, Überstundenberge sowie Fachkräftemangel und Nachwuchssorgen müssen ebenfalls dringend angegangen werden.

Tarif- und Besoldungsrunde Länder 2019 Besoldung folgt Tarif!!!

Liebe Kollegin, lieber Kollege! Nicht erst seit Bestehen der Gewerkschaften ist die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihr erklärtes Ziel. Die Notwendigkeit, Arbeits- und Lebensbedingungen im Interesse der Beschäftigten zu verändern, war überhaupt der Anlass für die Gründung unserer ersten Vorläufer, den „Arbeitnehmervereinigungen“.

Auch wenn sich in den vergangenen 150 Jahren vieles geändert hat, ist dieser Grundgedanke unverändert und bestimmt auch heute unsere tägliche Arbeit – und zwar aus Überzeugung!

Jobrad

Wer spart
wirklich



Dienstfahrräder geleast durch Entgeltumwandlung werden gerade als eine win-win-win Situation beworben: Der Beschäftigte spart Geld, der Arbeitgeber auch, und die Umwelt gewinnt auch noch.

Letzteres stimmt uneingeschränkt, deshalb hat ver.di natürlich auch überhaupt nichts gegen Fahrräder.

Aber bei den derzeit angebotene Modellen gewinnen nur die Arbeitgeber und die Fahrradhändler wirklich, für die Beschäftigten geht es Richtung Nullsummen-Spiel, Hauptverlierer sind aber die Sozialkassen.

Zahlen, Daten und Fakten, auch Rechenbeispiele gibt es dazu bei uns unter:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/service/++co++04610690-5719-11e7-958e-525400940f99>

Noch immer regeln wir in Tarifverträgen die Arbeitsbedingungen und kämpfen gemeinsam mit Kolleg/innen für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen!



Auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, beim Bund, den Ländern und den Kommunen ist ver.di die tarifzuständige Gewerkschaft. Darauf sind wir stolz, der damit verbundenen Verantwortung uns jedoch gleichermaßen bewusst: Schließlich gelten die von uns geschlossenen Tarifverträge für rund 4,7 Millionen Beschäftigte. Erst Mitte April 2018 konnten wir gemeinsam für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen ein Tarifergebnis erzielen, das im Schnitt eine Erhöhung der Entgelte von 7,5 Prozent beinhaltet. Und schon steht die nächste Tarifaufeinanderersetzung vor der Tür.

Was es zur Tarif- und Besoldungsrunde der Länder alles zu wissen gibt, erfahrt ihr bei ver.di. Wo auch sonst? Denn wir machen Tarif!

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/tarif/tv-1/++co++582a5e9a-ec9e-11e8-b8cf-525400b665de>

Tarif- und Besoldungsrunde: 2. Schritt der Einführung EG9-15 Stufe 6 zum 1.10.2018.

Der Tarifabschluss mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) liegt schon etwas zurück. Wir erinnern uns:

* Am 17. Februar 2017 einigten sich ver.di und die TdL auf einen Tarifabschluss, der bei einer Laufzeit von 24 Monaten Entgelterhöhungen in zwei Stufen vorsieht.

* Zum 1. Januar 2017 wurden die Entgelte um 2,0 Prozent erhöht, mindestens um 75 Euro begrenzt auf den Entgeltbetrag von 3.200 €.

* Ab dem 1. Januar 2018 wurden die Entgelte um weitere 2,35 Prozent erhöht. Ein anderer Teil der Tarifeinigung findet nun seinen Abschluss: Die Anfügung der Stufe 6 bei den Entgeltgruppen 9-15! Diese wird in zwei Schritten realisiert: Ab dem 1. Januar 2018 hatten die Stufen 6 ein Plus von 1,5 % gegenüber der Stufe 5, zum 1. Oktober 2018 erhöht sich das Plus auf insgesamt 3,0 %.

Tarifverträge sind keine Geschenke, die vom Himmel fallen. Sie müssen von den Beschäftigten durchgesetzt werden. Dies gilt auch für die bevorstehende Tarifrunde 2019!

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/tarif/tv-1>

Haushalt 2019 / Personaletat: Infrastruktur und Personal kommen viel zu kurz

In der Anhörung zum NRW-Landeshaushalt erklärt Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW: "Leider ist der von der Landesregierung angekündigte Richtungswechsel im Haushaltsentwurf 2019 nicht erkennbar. Zwar sollen in einigen Bereichen die Ausgaben erhöht und Schritte in die richtige Richtung getan werden. Diese reichen aber bei Weitem nicht aus, um die Investitionslücke bei Infrastruktur und Personal zu stopfen und neuen Aufgaben gerecht zu werden. Dass die Investitionsquote laut mittelfristiger Finanzplanung sogar wieder gesenkt werden soll, führt in die vollkommen falsche Richtung."

Vom Schuldenbremsen zum Investitionsstau



Für weite Teile von Politik und Öffentlichkeit gelten ausgeglichene öffentliche Haushalte als vernünftig. Und als haushaltspolitisch kompetent gilt, wer die „schwarze Null“ auch tatsächlich erreicht. Nicht zuletzt die schwarz-rote Bundesregierung brüstet sich seit einiger Zeit mit diesem „Erfolg“.

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/++co++eb54792c-7079-11e8-8f36-525400f67940>

Infrastruktur: Wenn der Staat nicht mehr gestalten kann

Die fehlgeleitete Wettbewerbsdoktrin der EU-Kommission verhindert Infrastrukturprojekte, zerstört Versorgungssysteme und zwingt die öffentliche Hand in oft schlechte Kooperationen mit Privaten. Um den sozialen Charakter, die demokratischen Prinzipien der EU und die europäische Integration zu verteidigen, muss dem Abbau staatlicher Leistungen entgegengewirkt werden.

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/++co++2dca4139-6aee-11e8-bdf8-525400423a78>

Bedenklich ist auch, dass der aktuelle Haushaltsüberschuss allein auf der guten Konjunktur beruht. Es fehlt von Seiten der Landesregierung eindeutig an Impulsen für eine nachhaltige Veränderung der finanziellen Situation. Dabei liegen diese auf der Hand: Durch eine Initiative zur weiteren Verbesserung des Länderfinanzausgleiches zugunsten NRWs, eine Intensivierung der Steuerfahndung und des Steuervollzugs und ein deutliches Engagement der Landesregierung für mehr Steuererechtigkeit auf Bundesebene könnte das Land dauerhaft mehr Geld einnehmen.

Beispiel BLB: Dass die Landesregierung z.B. die Gelder für die Vergabe von Ingenieurleistungen verdoppelt, sieht der DGB NRW hingegen kritisch. Hätte man die richtige Personalpolitik in der Vergangenheit nachhaltig betrieben, wäre man auf die aktuell deutlich kostenintensivere private Auslagerung planerischen Leistungen nicht angewiesen. Privat vor Staat kommt den Steuerzahler in den meisten Fällen deutlich teurer, „bestes“ Beispiel sind die Ergebnisse des Bundesrechnungshofes zum Straßenbau der Bundesregierung. ...

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/land/++co++ac10ea76-c7c1-11e8-8a21-525400f67940>

NRW braucht eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst

"Der DGB und seine Gewerkschaften begrüßen, dass die NRW-Landesregierung weiterhin darauf setzt, mehr Stellen im öffentlichen Dienst zur Verfügung zu stellen. Investitionen in mehr Personal gewährleisten unter anderem eine gute Bildung, öffentliche Sicherheit und eine funktionierende Bauplanung und sind daher im ureigenen Interesse der Bürger/innen und des Wirtschaftsstandortes NRW.

Leider reichen die geplanten Maßnahmen aber nicht aus, um Löcher in der Personaldecke zu stopfen, neuen Aufgaben gerecht zu werden und für ausreichend Nachwuchs zu sorgen. Denn trotz des Stellenaufbaus bleibt die

Personaldecke in vielen Bereichen weiter dünn. Hinzu kommt: Stellen allein nützen nichts, wenn das Personal fehlt. Derzeit sind mehr als 13.000 Stellen im öffentlichen Dienst in NRW unbesetzt, unter anderem in Schulen, Justiz, Finanzverwaltung und Bauverwaltung.

Die Landesregierung muss daher endlich in eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst investieren, um mehr Menschen vom Staat als Arbeitgeber zu überzeugen. Derzeit sind die Gehälter im öffentlichen Dienst im Schnitt deutlich niedriger als in der Privatwirtschaft und die Belastung durch Überstunden, Mehrarbeit und Schichtarbeit häufig sehr hoch. Hinzu kommt eine hohe Quote an befristeten Arbeitsverhältnissen in Landesverwaltung und Hochschulen. Als einer der letzten Arbeitgeber überhaupt verlangt NRW seinen Beamtinnen und Beamten zudem eine 41 Stundenwoche ab. Hier gilt es, beherzt umzusteuern. Gerade mit Blick auf den voranschreitenden demografischen Wandel und den Fachkräftemangel ist es für den öffentlichen Dienst existenziell wichtig, durch bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen attraktiver zu werden und qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten." Mehr:

<https://bund-laender-nrw.verdi.de/land/++co++bf8c4378-ccaf-11e8-8113-525400940f89>

**Noch schneller von ver.di informiert werden?
Ganz einfach!**

Internet:

www.bib-nrw.verdi.de

Facebook:

<https://www.facebook.com/ver.di.Landesverwaltungen.NRW/>

Twitter:

https://twitter.com/verdi_land_nrw

Mach STARK was dich STARK macht:

<https://mitgliedwerden.verdi.de/beitritt/verdi>

*Wir wünschen schöne Weihnachtstage
und einen guten und gesunden Rutsch
ins neue Jahr!*

